

# Mit unparteiischem Blick

Wie die OSZE die Wahl in Amerika beobachtet / Von Johannes Leithäuser, Berlin

Fast genau einen Monat vor dem Tag der amerikanischen Präsidentenwahl treffen an diesem Montag neun deutsche Wahlbeobachter in Washington ein. Sie reisen im Auftrag der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, und können sich auf eine Einladung des OSZE-Mitglieds Vereinigte Staaten berufen. Die gegenseitige Wahlbeobachtung in OSZE-Ländern ist üblich: Auch zu Bundestagswahlen sind Beobachter aus anderen OSZE-Ländern immer eingeladen; umgekehrt hoffen deutsche und andere westeuropäische Institutionen, zu Wahlvorgängen in OSZE-Staaten wie Aserbaidschan oder Russland Beobachter entsenden zu können. Als die belarussische Führung es zur Präsidentenwahl im vergangenen August unmöglich machte, eine Wahlbeobachtung zu organisieren, erregte das Aufsehen.

Die Beobachtungsmission in den Vereinigten Staaten wird aus zwei Gründen über den Status einer Freundschaftsroutine weit hinauswachsen. Sie findet erstens unter den einschränkenden Bedingungen der Corona-Pandemie und zweitens in einer politisch äußerst polarisierten, konfrontativen Atmosphäre statt. Katya Andrusz, die Sprecherin der in Warschau beheimateten OSZE-Unterorganisation ODIHR, die Wahlbeobachtungen organisiert, sagt, sie sei stolz, dass die Mission trotz dieser erschwerenden Umstände zustande gekommen sei. Der Leiter der Mission und eine Kernmannschaft seien seit knapp einer Woche in Washington aktiv. Es würden insgesamt rund 30 Langzeitbeobachter erwartet, die noch über den Wahltag hinaus im Land blieben, um auch zu registrieren, wie anschließend mit Wahlbeschwerden umgegangen werde.

Die Beobachter werden in den Vereinigten Staaten stets zu zweit unterwegs sein; „rund 30 Einzelstaaten“ sollen im Laufe der Mission besucht und begutachtet werden. Schon lange vor dem Wahltag liegt das Augenmerk der Missionsmitglieder auf den Konditionen, unter denen die Präsidentenwahl und die anderen Wahlen zum Kongress und zu Ämtern und Mandaten in den einzelnen Staaten ablaufen werden.

Es geht um Unterschiede in den rechtlichen Rahmenbedingungen, bei den Ver-

fahren der Wähler-Registrierung oder der Briefwahl.

Die Sprecherin von ODIHR berichtet, schon kurz nach dem Beginn habe diese Beobachtungsmission viel mehr Aufmerksamkeit gefunden als viele andere Beobachtungseinsätze in westlichen Ländern: es gebe in der jetzigen Situation „ein Bewusstsein dafür, wie wichtig eine neutrale, unparteiische Begutachtung ist, um das öffentliche Vertrauen in den Wahlvorgang zu stärken“. Wenn dieses Vertrauen schwinde, dann gehe das Vertrauen in die Demokratie insgesamt verloren. Ähnlich äußert sich Astrid Irrgang, die stellvertretende Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), das die deutschen Wahlbeobachter im Auftrag des Auswärtigen Amtes rekrutiert. Sie spricht von einer historischen Dimension dieses Beobachtungseinsatzes, der nach den ursprünglichen Planungen zehnmal umfangreicher hätte ausfallen sollen. Doch dann stiegen über das Frühjahr und den Sommer hin die Corona-Infektionszahlen in den Vereinigten Staaten immer stärker, und mehr und mehr OSZE-Staaten nahmen Abstand von ihrer ursprünglichen Bereitschaft zur Entsendung von Beobachtern.

Am Ende blieben aus dem Kreis der EU-Staaten nur Deutschland und die Tschechische Republik übrig, außerdem die Schweiz. Weitere Beobachter kommen aus kleineren OSZE-Ländern in Osteuropa und Vorderasien. Irrgang sagt, das ZIF habe demonstrieren wollen, „dass wir auch in der aktuellen Lage arbeitsfähig sind“. Dass die Mission auch unter Corona-Bedingungen und trotz der aktuellen politischen Anspannung in den Vereinigten Staaten stattfindet, ist für sie „auch ein sehr konkreter Beitrag für einen lebendigen Multilateralismus“.

Im ZIF heißt es, für die Amerika-Mission seien aus dem Reservoir der Interessierten mit Sorgfalt besonders erfahrene und kenntnisreiche Beobachter ausgesucht worden. Neben der bürokratischen Routine, die mit solchen Rekrutierungen verbunden ist, etwa dem Formulieren der Arbeitsverträge, standen im aktuellen Fall auch ganz neue Fragen, etwa die Konsequenzen möglicher Corona-Infektionen. Nach dem Grundsatz-Briefing in Washington werden die Wahlbeobachter in

den nächsten Tagen und Wochen in den Vereinigten Staaten unterwegs sein; werden täglich Beobachtungen notieren und ihre Erfahrungen zu dem Abschlussbericht zuführen, der nach der Wahl vom Delegationsleiter der Mission erstellt wird.

Zu den Langzeitkräften sollen kurz vor dem Wahltag nach Angaben von ODIHR noch rund 100 Parlamentarier aus verschiedenen Ländern der OSZE kommen, auch sieben deutsche Bundestagsabgeordnete werden darunter sein.

Auf welche Herausforderungen die Teilnehmer der aktuellen Beobachtungsmission in den Vereinigten Staaten stoßen können, davon gibt schon der Bericht ihrer Vorgänger aus dem Jahr 2016 einigen Aufschluss. Dort sind einige Fakten gesammelt, welche die Umstände der damaligen Präsidentenwahl beschreiben, aus welcher der Amtsinhaber Donald Trump als Sieger hervorging. Da heißt es beispielsweise, mehr als 35 Millionen Staatsbürger, die theoretisch über das Wahlrecht verfügten, hätten sich nicht in den Wählerlisten registriert. Die Regeln zur Identifizierung von Wählern seien politisch umstritten und variierten zwischen den einzelnen Staaten. Nur 32 Staaten verlangten einen Identitätsnachweis von den Wählern. Für die Zeit nach dem Wahltag stellt der Bericht des Jahres 2016 fest, es gebe keine vorgegebene Zeitspanne, in der auf die Wahl bezogene Streitigkeiten beigelegt sein müssten. Die Vorkehrungen für Nachzählungen seien sehr verschieden und häufig nur unzureichend geregelt, woraus sich möglicherweise ergebe, dass Beschwerden nicht in einer gleichförmigen Art und Weise nachgegangen werden könne.

Auch zur Briefwahl und zu elektronischen Wahlmaschinen machten die Beobachter vor vier Jahren schon kritische Anmerkungen. Sie hoben die Häufigkeit der Briefwahl hervor: Nach Schätzungen hätten mehr als ein Drittel der Wähler ihre Stimme schon vor dem Wahltag abgegeben. Die geheime Stimmabgabe sei bei der Briefwahl nicht immer sichergestellt gewesen, stellten die Beobachter fest. Die Wahlmaschinen in 15 Staaten seien so ausgelegt gewesen, dass es keine Papier-Dokumentation der Stimmabgabe gegeben habe, also keine Möglichkeit, die Stimmabgabe anschließend zu verifizieren.